

Abg. Schenkelberg wies darauf hin, dass auch hier die Planungshoheit bei den Kommunen liege. In Bezug eines Angebots, Verwaltungsdienstleistungen des Kreises vor Ort anzubieten, frage er sich, ob diese genügend genutzt würden. Daher wolle er den Antrag ablehnen.

Abg. Hoffmeister erläuterte, dass das Thema der DORV-Zentren wichtig sei und diese Themen gemeinsam beraten und nicht bei den Haushaltsberatungen eingebracht werden sollten.

Abg. Läge pflichtete dem bei.

SkB Peter verwies auf die kommunalen Entwicklungskonzepte. Er wisse nicht, ob es Sinn mache, z. B. Außenstellen des Ausländeramtes oder des Straßenverkehrsamtes einzurichten. Wenn von den Kommunen das Angebot einer Beteiligung käme, könne man hierüber beraten.

SkB Esser erläuterte, dass es ihm um die Ausstellung von Personalausweisen oder Schwerbehindertenausweisen ginge.

Abg. Hoffmeister bemerkte, dass es eines Konzepts bedürfe, weitere Bürgerbüros mit zusätzlichen Aufgaben einzurichten. Personalausweise werden bei den Kommunen ausgestellt und Schwerbehindertenausweise gäbe es bei den Versorgungsämtern.

Der Ausschussvorsitzende ließ über den Antrag abstimmen.